

Antrag

Hannover, den 03.11.2020

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gastronomie unterstützen - Hilfe unbürokratisch ermöglichen

Der Landtag wolle beschließen:

Entschießung

Der Landtag begrüßt grundsätzlich den Beschluss der Bundeskanzlerin und der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten vom 28.10.2020 zur Verschärfung der Corona-Schutzmaßnahmen. Der Landtag dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Krisenstabs, im Gesundheitswesen und in der kritischen Infrastruktur in Niedersachsen für ihre engagierte Arbeit. Auch erkennt der Landtag an, dass viele Menschen für ihre Unternehmen, Vereine, Verbände und Einrichtungen viel gearbeitet haben, kreative Lösungen für ein Leben mit Corona entwickelt und Hygienekonzepte entwickelt haben und somit dazu beitragen, Perspektiven für gesellschaftliche Teilhabe auch unter Corona-Bedingungen zu geben.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass das Unterstützungsprogramm für die Gastronomie so ausgestaltet wird, dass Einnahmen aus dem „Außer-Haus-Verkauf“ nicht auf die Unterstützungssumme angerechnet werden. Außerdem soll die Ermittlung des monatlichen Durchschnittsverdienstes unbürokratisch durch Vorlage der Steuererklärung ermöglicht werden.

Begründung

Die Entscheidung der Bundeskanzlerin und der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten vom 28.10.2020 zur Verschärfung der Corona-Schutzmaßnahmen war grundsätzlich richtig und notwendig. Insofern ist auch die Niedersächsische Corona-Schutzverordnung vom 30.10.2020 grundsätzlich angemessen. Die Hilfe für die Gastronomie, die die Hauptbetroffene der Maßnahmen ist, muss jetzt schnell und unbürokratisch erfolgen.

Helge Limburg

Parlamentarischer Geschäftsführer